

Werner Moser

Dr. iur., alt Ombudsmann der Stadt Zürich

Das Differenzierungsgebot

**Das in Art. 8 Abs. 1 BV mitenthaltene Verbot,
alle und alles «über einen Leisten zu schlagen»,
«über einen Kamm zu scheren» oder «in den gleichen
Topf zu werfen», in der Rechtsprechung**

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIV
I. Einleitung	1
II. Gleichheit/Differenziertheit und Gerechtigkeit	2
1. Grundlegende rechtswissenschaftliche Abhandlungen	2
2. Ausgleichende – austeilende Gerechtigkeit	5
3. Statische – dynamische Gleichbehandlung	7
4. Gegenläufige Entwicklungslinien des Rechtsgleichheitsgrundsatzes	9
5. Missachtungen des Differenzierungsgebots	16
III. Differenzierungsgebot, konkurrierende Grundrechtsgehalte und Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns: Verbindungen, Interaktionen und Abgrenzungen	19
1. Verhältnis Differenzierungsgebot/Willkürverbot	19
2. Verhältnis Differenzierungsgebot/Verhältnismässigkeits-/ Äquivalenz-/Störer- und Verursacherprinzip	22
3. Verhältnis Differenzierungsgebot/Legalitätsprinzip	28
4. Verhältnis Differenzierungsgebot/Diskriminierungsverbot	31
5. Verhältnis Differenzierungsgebot/Verbot der formellen Rechtsverweigerung	32
6. Verhältnis Differenzierungsgebot/Rechtsmissbrauchsverbot	33
7. Verhältnis Differenzierungsgebot/Glaubens- und Gewissensfreiheit	34
IV. Qualifikation des Differenzierungsgebots	36
1. Bloss Schranke des Gleichbehandlungsgebots oder eigenständiges Grundrecht?	36
2. Kehrseite der Gleichbehandlung: Schutz vor Gleichmacherei, übertriebenem, deplaziertem oder überlebtem Egalitarismus?	36

3. Eine qualifiziert begründungsbedürftige Abweichung von der Gleichbehandlungsforderung?	38
V. Gleichbehandlungs- und Differenzierungsbegehren in der Rechtsprechung, namentlich jener des Bundesgerichts	40
1. Kategorisierung nach Beschwerdegründen und -begehren	40
2. Kategorisierung nach bundesgerichtlichen Erkenntnissen	41
3. Kasuistik	43
A. Politische Rechte, Behörden, politische Parteien, Staatspersonal	47
B. Einbürgerung	50
C. Verfahrensrecht	52
D. Zivilrecht	54
E. Strafrecht	58
F. Bildung	63
1. Grundschulunterricht	63
a) Regelschule – Sonderschule	63
b) Religiös motivierte Unterrichtsdispense	65
c) Lehrerlöhne	70
2. Mittel- und Hochschulen	72
G. Steuergerechtigkeit	79
H. Öffentliche Werke, Raumordnung	90
I. Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft	94
K. Gesundheit	100
L. Abwasserentsorgungs-, Wasser- und Kanalisationsanschlussgebühren	105
M. Wohnen, Arbeit, Soziale Sicherheit (Sozialversicherungen)	109
N. Wirtschaft, Handel	122
VI. Zusammenfassende Würdigung	131
Anhang: Die mit der Studie erkundeten Gerichtsentscheide	141